

# Staatsbeamtengewerkschaft und Bildungsminister Meisch einigen sich im Streit um die Privatisierung im Bildungswesen

## Etappensieg für die CGFP



Der Gesetzentwurf 7658, der den Zugang zu Direktionsposten beim IFEN, Script und CGIE für Vertreter aus der Privatwirtschaft öffnen sollte, wird noch einmal im Sinne der CGFP überarbeitet. Foto: Gerry Huberty

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Unter dem Druck der Öffentlichkeit und zwei Tage vor der öffentlichen Anhörung im Parlament über die Privatisierungstendenzen im Bildungswesen haben die Staatsbeamtengewerkschaft CGFP und Bildungsminister Claude Meisch (DP) sich im Streit um die beiden Gesetzentwürfe 7662 und 7658 geeinigt. Das Abkommen wurde gestern im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz unterzeichnet. Beide Seiten bezeichneten das Abkommen als einen „guten Kompromiss“.

Der Gesetzentwurf 7658, der den Zugang zu Direktionsposten in drei wichtigen Bildungseinrichtungen (Script, IFEN und CGIE) vorsieht, wird punktuell überarbeitet. Man hat sich darauf geeinigt, dass Führungskräfte auch weiterhin die drei Amtssprachen beherrschen müssen. Im aktuellen Text steht, dass zwei Sprachen

reichen. Dieser Artikel wird abgeschafft. Die zweite Änderung, auf die man sich geeinigt hat: Leitende Funktionen am Script, IFEN und CGIE werden für alle staatlichen Agenten zugänglich gemacht, sofern sie einen Master in dem für den Job erforderlichen Bereich vorweisen können. Des Weiteren müssen sie mindestens fünf Jahre dem Staatsdienst angehören. Vertretern aus der Privatwirtschaft bleibt damit der direkte Zugang zu leitenden Posten in diesen Einrichtungen versperrt.

Der Gesetzentwurf 7662, der den Zugang zu Direktionsposten in vier spezialisierten Lyzeen vorsieht, wird Gegenstand einer breitere Debatte und grundlegender überarbeitet. Betroffen sind die Hotelfachschule, die Ackerbauschule (LTA), die Erzieherschule (LTPES) und die Schule für Gesundheitsberufe (LTPS). Einig ist man sich bereits jetzt, dass die Führungsstellen in den vier Lyzeen für alle staatlichen Agenten zugänglich gemacht werden, sofern sie pädagogische Kompetenzen vorweisen können, mindestens fünf Jahre dem Staatsdienst angehören und die drei Amtssprachen beherrschen. Diese Öffnung gelte nur für die vier Lyzeen und werde nicht auf andere Lyzeen ausgeweitet, so Claude Meisch – auch nicht auf andere spezialisierte Lyzeen.

„Damit ist die Verstärkung der Vetternwirtschaft im öffentlichen Dienst zwar noch nicht ganz vom Tisch, aber sehr, sehr stark reduziert“, sagte CGFP-Präsident Romain Wolff sichtlich zufrieden. Minister Claude Meisch sprach von einem guten Abkommen zur richtigen Zeit und unterstrich mehrfach, dass man bestrebt sei, die öffentliche Schule zu stärken.

### **Jetzt noch Dan Kersch**

Für die CGFP ist es mit dieser Einigung nicht getan. Sie fordert Sportminister Dan Kersch (LSAP) auf, denselben Schritt zu tun und den Gesetzentwurf 7708 zurückzuziehen, der vorsieht, die Bedingungen für den Zugang zum Posten des Sportkommissars und zur Leitung der Sportschule ENEPS zu senken.

Die Einigung im Bildungswesen hat keinen Einfluss auf das von der CGFP eingeleitete Schlichtungsverfahren gegen die Regierung. Die CGFP besteht weiterhin auf einem

Treffen mit Premierminister Xavier Bettel (DP), um mit ihm über die Privatisierungswelle im öffentlichen Dienst zu diskutieren und der Entwicklung einen Riegel vorzuschieben.

Die Lehrgewerkschaften SEW/OGBL und Apess haben sich gestern in einer Pressemitteilung über den Erfolg der CGFP erfreut gezeigt. In ihren Augen beschränken sich die Privatisierungstendenzen jedoch nicht auf die beiden Gesetzentwürfe. Die Privatisierung sei viel umfassender und auf vielen Ebenen sichtbar. Deshalb werde man den Druck auf Minister Meisch weiter aufrechterhalten, so die Gewerkschaften. Auch Déi Lénk haben sich via Pressecommuniqué positioniert und gemeint, der Kampf sei nicht vorüber. Déi Lénk stören sich insbesondere an der Präsenz der großen US-amerikanischen Technologieunternehmen im Schulwesen, deren Einflussnahme an den Schulen immer weiter zunehme.